

„NACH DER DIKTATUR“

Vergangenheitsaufarbeitung und demokratische Transformation – Kambodscha, Deutschland, Peru, Südafrika und Osttimor“

Ort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Termin: 15. April 2005, 9:00 Uhr
Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung

Vortrag 1: „Von der Diktatur zur Versöhnung – Perspektiven für das Khmer – Rouge – Tribunal in Kambodscha“

Referent: HRH Prinz Norodom Sinvudh, Stellvertretender Premierminister,
Vorstandsvorsitzender Cambodian Institute for Cooperation and
Peace

Moderation: Dr. Paul Pasch, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Asien
und Pazifik

Vortrag 2: „Versöhnungspolitik und Verfassungsfrieden“

Bestrafung und Wiedergutmachung (in Vertretung für Herta Däubler-Gmelin, MdB)

Referent: Prof. Dr. Roland Czada, Universität Osnabrück

Vortrag 3: „Geschichtspolitik und Erinnerungsarbeit“

Referent: Prof. Dr. Bernd Weisbrod, Universität Göttingen

Anschließend Diskussion zu Vortrag 2 und 3

Moderation: Dr. Andrea Fleschenberg, Universität Duisburg-Essen

Podiumsdiskussion: Nach der Diktatur: Internationale Erfahrungen der Vergangenheitsaufarbeitung“

Moderation: Prof. Dr. Roland Czada (in Vertretung für Herta Däubler-
Gmelin, MdB)

Teilnehmer: Dr. Andreas Eberhardt, Stellvertretender Geschäftsführer,
Gegen Vergessen-Für Demokratie e.V.

Elena Muguruza-Esche, Mitglied des ausführenden Komitees,
Informationszentrum Peru in Deutschland
Yos Hut, Lanka Pagode, Phnom Penh
Dr. Sotharith Chap, Geschäftsführender Direktor,
Kambodschanisches Institut für Zusammenarbeit und Frieden
Dr. Andrea Fleschenberg, Universität Duisburg-Essen

Das Symposium „Nach der Diktatur: Vergangenheitsbewältigung und demokratische Transformation – Kambodscha, Deutschland, Peru, Südafrika und Osttimor“ ist Teil einer Veranstaltungsreihe¹ der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich mit dem Regime der Roten Khmer beschäftigt. Die Aufarbeitung der schrecklichen Verbrechen der Jahre 1975-79 ist eine schwierige Aufgabe für das verarmte Kambodscha. Trotz aller damit verbundenen Schwierigkeiten und Kosten soll ein Tribunal stattfinden um das dunkelste Kapitel der Geschichte des Landes zu erforschen, Täter zu bestrafen und der Opfer zu gedenken. Die Hauptintention dieses Berichtes ist es, einen Überblick über die Aufarbeitung des kommunistischen Regimes in Kambodscha zu geben. Dennoch sollen auch die anderen Vorträge sowie die Podiumsdiskussion, die eine Vergleichsperspektive über verschiedene Möglichkeiten der Vergangenheitsbewältigung bietet, entsprechend gewürdigt werden.

Herr Sinvudh begann seinen Vortrag mit einem kurzen Überblick über die Geschichte des Landes. In der Nachkolonialzeit war Kambodscha ein Königreich, das unbehelligt vom kalten Krieg friedlich existierte. Das änderte sich 1970 mit dem Putsch gegen den Prinzen. Die folgenden Jahre waren geprägt von zunehmender Gewalt. Im Jahr 1975 kam es zum Zusammenbruch des Systems und zur Herrschaft der Roten Khmer, die für unzählige Morde verantwortlich sind. Nahezu die gesamte städtische Bevölkerung wurde zu einem Leben in Arbeitslagern auf dem Land gezwungen. Die Gründe dafür waren ideologischer Natur. Pol Pot lehnte die Errungenschaften der Gesellschaft ab, da sie den Menschen von der reinen Lehre abbrächten. 1979 wurde das Land durch den Einmarsch der Vietnamesen befreit, was aufgrund der Besatzungszeit bis 1989 von vielen Kambodschanern nicht nur positiv bewertet wurde. So kam es häufig zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Besatzern und

¹ Mehr Informationen dazu unter <http://www.fes.de/indexaktuelles.html>

den Roten Khmer. Erst 1991 konnte ein Friedensabkommen unterzeichnet werden. Damit sind viele Probleme aber nach wie vor ungelöst. Die Verbrechen der Roten Khmer, die ca. 2 Millionen Todesopfer forderten, müssen Schritt für Schritt aufgearbeitet werden. Das Ziel ist es Akzeptanz zu schaffen und die Menschen zu versöhnen. Dennoch gibt es Zweifel, ob es sich in einem so armen Land lohnt, 50 Millionen Dollar in die Vergangenheit zu investieren. Herr Sinvudh sprach sich klar für die Aufarbeitung der Geschichte aus, betonte aber, dass diese große Aufgabe nicht ohne die Unterstützung der Vereinten Nationen begonnen werden kann. Bei ungenügender finanzieller und fachlicher Unterstützung könnte der Beginn des Tribunals verzögert werden und die Verantwortlichen so ihrer gerechten Strafe entgehen. Er schloss die Bitte an Deutschland an, einen Richter für das Tribunal zu entsenden und bedankte sich für die großzügige Unterstützung Deutschlands bis zum jetzigen Zeitpunkt. Die anschließende Diskussion befasste sich mit Fragen nach den Gefahren des Tribunals für die politische Stabilität des Landes, der Rolle der Medien im Aufarbeitungsprozess, sowie nach der technischen Umsetzung der Verfahren. Herr Sinvudh bestätigte, dass es zu Schuldzuweisungen und Demonstrationen im Zusammenhang mit der Vergangenheitsbewältigung kommen könne. Die Angst davor darf jedoch diese wichtige Aufgabe nicht verhindern, da noch zu viele Anhänger der Roten Khmer in wichtigen Ämtern sitzen. Auch für die nationale Aussöhnung wäre es ein fataler Fehler die Vergangenheit zu verschweigen. Den Medien befinden sich in diesem Prozess in einer enorm verantwortungsvollen Rolle. Sie sind das Mittel um den Dialog zwischen den Parteien in Gang zu setzen und besitzen eine Art Wächterrolle, die sie zu verantwortungsvollem Umgang mit den Informationen verpflichtet. Zur Umsetzung des Prozesses gab es mehrere Fragen. Es wurde gefragt, wie man die vielfach traumatisierten Opfer zu einer Aussage bewegen kann, wie sonst Beweise gesammelt werden und ob Opfer nach ihrer Vorstellung von Aufarbeitung der Geschichte befragt wurden. Die Aussagen der Opfer im Prozess zu verwerten sei sehr schwierig, da sie in vielen Fällen keine Kenntnisse hatten, wer wo in der Befehlskette stand. Aus diesem Grund übernimmt das „Documentation Center of Cambodia“ die Sichtung der Archive und das Sammeln von Beweismaterial. Die Vorstellungen der Opfer von der Aufarbeitung der Geschichte bewegen sich in einem weiteren Rahmen. Es gibt Forderungen nach Rehabilitierung aber auch nach finanzieller Entschädigung. Der ersten der beiden Forderungen kann entsprochen werden, eine finanzielle Entschädigung ist aufgrund der prekären Finanzlage nicht möglich. Eine letzte Frage richtete sich auf persönliche Rache, die

bei bekanntwerden der Täter schwer zu verhindern sei. Ein Großteil der Täter ist bereits bekannt. Die Bevölkerung Kambodschas ist jedoch nach Jahren des Krieges und der Gewalt auf dem Weg zu Toleranz und Versöhnung.

Die Veranstaltung bot insgesamt einen umfassenden Überblick über verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit der eigenen Vergangenheit. Es muss jedoch bedacht werden, dass ein Übertragen eines Erfolgsmodells eines Landes auf ein Anderes nicht ohne weiteres möglich ist. Es müssen zum Beispiel länderspezifische Unterschiede des Regimes, des Zeitraumes der Verbrechen und der Mentalität der Bevölkerung berücksichtigt werden. Kambodscha muss bei der Aufarbeitung seiner schwierigen Vergangenheit einen eigenen Weg gehen. Es bleibt zu hoffen, dass das Tribunal erfolgreich wird und einen Beitrag zur Versöhnung im Land leistet.

Nach einer kurzen Pause schlossen sich die Vorträge von Prof. Dr. Roland Czada und Prof. Dr. Bernd Weisbrod an. Die Moderation übernahm Dr. Andrea Fleschenberg von der Universität Duisburg-Essen. Sie definierte einleitend den Begriff Vergangenheitsbewältigung als sämtliche Aktivitäten einer Gesellschaft im Umgang mit der Vergangenheit. Dazu gehöre die Diskussion, Beurteilung und Neubewertung der Strukturen, Biographien, Entscheidungen, Werte der Gesellschaft und der Handlungen des Einzelnen. Im Zuge dieses Prozesses wird ein neuer gesellschaftlicher Grundkonsens erarbeitet. Anschließend übergab sie das Wort an Herrn Czada. Er stellte seinen Vortrag unter die Frage wie ein dauerhafter und stabiler Frieden erreicht werden kann. Die Abwesenheit von Gewalt lässt sich nicht als Frieden bezeichnen, auch die Einführung von institutionellen Regeln zur Konfliktlösung, wie zum Beispiel Wahlen oder eine Verfassung stabilisieren ein Land nicht dauerhaft. Somit sind Gewaltverzicht, formelle Versöhnung und unmittelbare Konfliktlösung nur der erste Schritt an den sich die Etablierung eines neuen Wertekonsenses anschließen muss. Dieser zweite Schritt umfasst vier Teilschritte: Vergangenheitsbewältigung, nationale Versöhnung, Wiedergutmachung/Bestrafung und Geschichtsschreibung. Erst nach Beendigung dieses Prozesses könne man von einem Verfassungsfrieden sprechen. Er wählte als Beispiel Südafrika, das einen ganz speziellen Weg zur Aufarbeitung der Verbrechen des Apartheidregimes gegangen ist. Die eingesetzte Kommission setzte Versöhnung vor Strafe. Der Grund dafür ist sehr einfach, es existieren kaum Beweise. Aussagekräftige Dokumente

wurden vernichtet, so dass eine Verurteilung in den meisten Fällen unmöglich ist. So war das Ziel der Aufarbeitung wenigstens subjektive Gerechtigkeit zu schaffen, in dem die durch Zeugenaussagen identifizierten Täter ihren Opfern beziehungsweise deren Angehörigen gegenüberzutreten müssen. Eine systematische Aufklärung der Verbrechen, wie sie die Stiftung Aufarbeitung für die DDR betreibt, findet aufgrund der desolaten Quellenlage nicht statt. Auf diese Weise entsteht ein diffuses Geschichtsbild, trotzdem wird die Arbeit der Kommission positiv gesehen, da sie der Verdrängung entgegenwirkt und die Grundlage für eine nationale Aussöhnung schafft. Die Erfolge lassen sich am Beispiel des Parlaments sehen. Dort sind Parteien aller gesellschaftlichen Gruppen vertreten und wirken konstruktiv an der Gestaltung des neuen Südafrika mit.

Herr Prof. Dr. Weisbrod ging in seinem Referat „Geschichtspolitik und Erinnerungsarbeit“ auf die Vergangenheitsbewältigung der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg, und zum Teil auch nach dem Zusammenbruch der DDR, ein. Er räumte der Aufarbeitung eine Schlüsselrolle bei der Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses ein. Es gebe vier Umgangsweisen mit der Vergangenheit, die alle für die Aufarbeitung notwendig sind. Dazu gehören:

1. die Politik der Sühne, also die Bestrafung der Täter
2. die Politik der Integration, d.h. Wiedereingliederung von Mitläufern in die Gesellschaft
3. die Politik der Transformation, d.h. die Neugestaltung des politischen und gesellschaftlichen Systems
4. die Politik des Gedenkens, d.h. Anerkennung von Schuld und Gedenken an die Opfer

Für die beiden deutschen Staaten resümiert Herr Weisbrod nur eine unzureichende Aufarbeitung der Nazizeit. Im Osten wurde der Antifaschismus offizielle Staatsdoktrin. Das führte dazu, dass Feinde im Westen verortet wurden, also zur Externalisierung des Feindes. Die Opfer wurden dagegen im eigenen Land gesehen. Eine wirkliche Vergangenheitsbewältigung scheiterte somit an ideologischen Mauern. Aber auch im Westen wurden lediglich einige wenige zur Verantwortung gezogen. Die Nürnberger Prozesse wurden zwar begrüßt, eigene Schuld aber konsequent geleugnet. Viele der im Dritten Reich aktiven Beamten kamen erneut in hohe Staats- und Wirtschaftsämter. Aus Tätern wurden harmlose Trittbrettfahrer, die in den meisten Fällen unbehelligt weiterleben konnten.

Weiterhin kritisiert Herr Weisbrod die Unfähigkeit der Deutschen zu trauern und die schlechte Integration der Vertriebenen. Erst die nachfolgende Generation begann mit der Aufarbeitung der Geschichte. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen, wie das Beispiel des Holocaust-Mahnmals in Berlin zeigt. Die Bewältigung der Vergangenheit ist letztlich auch eine Chance für die Gesellschaft, da auf diese Weise ein neuer Grundkonsens und mehr Verständnis für demokratische Werte entwickelt werden.

Podiumsdiskussion

Die anschließende Podiumsdiskussion war weniger eine Diskussion, sondern eher ein Gegenüberstellen verschiedener Modelle der Vergangenheitsbewältigung mit ihren spezifischen Vor- und Nachteilen. Die Moderation übernahm Herr Roland Czada für die erkrankte Hertha Däubler-Gmelin. Er bat die Teilnehmer um ein kurzes Statement. Den Anfang machte Frau Dr. Andrea Fleschenberg, Mitglied der Deutschen Osttimorgesellschaft. Sie sprach über die Schwierigkeiten in Osttimor im Zusammenhang mit der Vergangenheitsbewältigung. Die Verbrechen wurden zu einem großen Teil von Indonesiern begangen, was die Verfolgung enorm schwierig macht. Indonesien schützt mutmaßliche Kriegsverbrecher und entzieht sie damit dem Zugriff der Justiz. Weitere Probleme ergeben sich durch den geringen Zeitrahmen für die Vorbereitung bis Mai 2005, das Fehlen von aussagekräftigen Dokumenten und den Mangel an Expertenwissen für die Organisation eines Tribunals. Hinzu kommt die schlechte finanzielle Ausstattung des Tribunals, welches mit zwei internationalen und einem Richter aus Osttimor besetzt sein soll. Außerdem wurde eine bilaterale Wahrheits- und Freundschaftskommission zwischen Indonesien und Osttimor ins Leben gerufen. Frau Dr. Fleschenberg beurteilte diese sehr kritisch als den Versuch einer von den Vereinten Nationen eingesetzten Kommission zu entgehen. Sie hegt außerdem die Befürchtung, dass die Kommission eine Amnesie vorschlagen wird, Straffreiheit dürfe es für die Verbrechen jedoch nicht geben. An dieser Stelle stehen sich zwei gegensätzliche Positionen gegenüber: Der Staat, der einer Amnesie aus Stabilitätsgründen nicht abgeneigt ist und die Opfer die Gerechtigkeit fordern.

Als nächstes sprach Herr Dr. Sotharith Chap über die Vergangenheit Kambodschas und das geplante Tribunal. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Khmer sei nicht einfach, da ihre Herrschaft bereits fast 30 Jahre zurückliegt. Auch der Nutzen des Tribunals ist im Land

sehr umstritten. Es wird gefordert den Roten Khmer die Möglichkeit zur Integration zu geben und damit die Vergangenheit zugunsten des Friedens im Land ruhen zu lassen. Demgegenüber steht die Forderung, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. Dies sei nötig um eine wirkliche nationale Aussöhnung zu beginnen. Herr Chap betonte, dass eine Verurteilung der Täter ein Signal an alle Diktatoren der Welt sei, dass Gerechtigkeit am Ende doch siegt.

Im Anschluss an seinen Landsmann sprach Herr Yoz Hut, ein Mönch aus der Lanka Pagode in Phnom Penh über den Wandel in Kambodscha. Er legt großen Wert darauf, dass ein Wandel der Gesellschaft nur mit einem Wandel des Verstandes einhergehen kann. Die innere Reflexion der Vergangenheit und daraus resultierend das Finden eines inneren Friedens die Voraussetzung sei für einen dauerhaften Frieden, der sich auf Gerechtigkeit und menschliche Würde stützt.

Das nächste Statement kam von Elena Muguruza-Esche, die die Situation von Peru schilderte. Das Land hat im Jahr 2001 nach 20 Jahren Bürgerkrieg zwischen terroristischen Gruppen und den staatlichen Sicherheitsbehörden eine Wahrheitskommission etabliert. Die Idee dahinter war, dass eine Demokratie nur auf einem gemeinsamen Grundkonsens entstehen kann. Um diesen zu finden ist es nötig die Verbrechen von Gruppen wie dem „Leuchtenden Pfad“ aber auch der Armee aufzuklären und die Täter zu bestrafen. Es wurden bereits große Erfolge erzielt, viele Anhänger konnten verhaftet werden. Weitere Ziele der Kommission sind die Untersuchung der Bürgerkriegsfolgen für die Opfer, die Diskussion von Entschädigungsmöglichkeiten und das Verhandeln über strukturelle Veränderungen im politischen System Perus. Die Kommission bemüht sich den Opfern eine Stimme zu geben und dokumentiert ihre Schicksale. Um diesen Kraftakt zu bewältigen, arbeiten fast 7000 Helfer ehrenamtlich mit. Frau Muguruza-Esche betonte, dass die Arbeit der Kommission dazu beitrage, dass sich Geschichte nicht wiederholt.

Als Abschlussredner kam Herr Dr. Andreas Eberhart vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie zu Wort. Ziel seiner Arbeit sei die Vermittlung von Diktaturerfahrungen an die jüngere Generation um das Verständnis für Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Er betonte, dass nur eine starke Gemeinschaft von Demokraten ihre Feinde abwehren kann. Die

Arbeit des Vereins ist deshalb nicht parteigebunden, sondern integriert Gruppen aus allen Teilen des demokratischen Spektrums. Herr Eberhart fasste die Gedanken seiner Vorredner zusammen. Die vielen Möglichkeiten zur Aufarbeitung zeigen, dass für jedes Land ein eigenes Modell gefunden werden muss. Die konkrete Ausgestaltung ist von verschiedenen Faktoren, wie zum Beispiel der Ausprägung der vorangegangenen Diktatur, abhängig. Es zeige sich aber auch, dass für die Entwicklung einer Demokratie die Aufarbeitung der Geschichte eine wichtige Voraussetzung ist. Frieden ist eine Frage der Einstellung, war das zentrale Resümee von Herrn Eberhart.

Im Anschluss nutze das Publikum noch die Möglichkeit Fragen zu stellen, die die Teilnehmer gerne beantworteten. Gegen 15:30 wurde die Veranstaltung offiziell beendet. Die Hintergrundinformationen über die einzelnen Länder, aber auch die Vergleichsperspektive zwischen den einzelnen Ländern boten vielfältige neue Denkanstöße für das Publikum.

Kristin Schreiter